



# Inklusion auf drei Rädern

Stadt Wiesbaden und der PARITÄTISCHE Hessen starten mobiles Café

Gemeinsam barrierefrei und inklusiv Kaffeetrinken und Plaudern: Das ermöglicht in Wiesbaden seit Mitte Mai das inklusive Kaffeemobil „Unser Lieblingsplatz“. Im Stadtteil Schierstein macht der dreirädrige Wagen mit eingebauter Kaffeemaschine noch bis einschließlich Oktober drei Mal pro Woche Halt. Ausgeschenkt wird der Kaffee von wechselnden Tandems, zu denen Menschen mit und ohne Behinderung gehören.

Das Kaffeemobil ist eine Kooperation der Stadt Wiesbaden, Amt für Soziales, und des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbands Hessen, Regionalgeschäftsstelle Wiesbaden, und wird von der Aktion Mensch gefördert. Entstanden ist die Idee für das Kaffeemobil im Rahmen des Inklusions-Projekts „Für ein Wir in Schierstein“. Dabei wurde 2016 die Barrierefreiheit des Ortes in den Bereichen Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit und Gastronomie bei Stadtpaziergängen überprüft. Ein Ergebnis war, dass im Naherholungsgebiet Schiersteiner Hafen ein barrierefreies gastronomisches Angebot fehlt.

„Wir wollen mit dem Kaffeemobil eine niedrighschwellige Gelegenheit geben für gemeinsame Aktivitäten und Erlebnisse für Menschen mit und ohne Behinderung. Ein Anliegen ist auch, für die Themen Inklusion und Barrierefreiheit zu sensibilisieren“, sagt Heike Lange, Regionalgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN in Wiesbaden. Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen betont: „Im Fokus der Debatte über Inklusion stehen aus gutem Grund meist die Themen Schule und Arbeit. Aber zur gleichberechtigten Teilnahme aller in allen Lebensbereichen, wie sie in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert ist, gehört auch, Räume für gemeinsame Freizeitgestaltung zu schaffen und zu öffnen.“

„Über das regelmäßige Kaffee-Angebot können sich hier Menschen mit Behinderung und nichtbehinderte Menschen aus dem Stadtteil - und über die Stadtteilgrenzen hinaus - kennenlernen. In entspannter Atmosphäre kann ein Austausch darüber gelingen,

auf welcher unterschiedlichen Art und Weise Menschen Behinderung erfahren und welche Verbesserungsmöglichkeiten es geben kann“, ist sich der Wiesbadener Sozialdezernent Christoph Manjura sicher. Und Urban Egert, Ortsvorsteher von Schierstein, ergänzt: „Inklusiv statt Exklusiv, Barrierefreiheit statt Beschränkung. Ich freue mich sehr auf den Café-Treff und damit auf viele interessante Begegnungen und Gespräche vor der wunderschönen Kulisse des Schiersteiner Hafens.“

## Fahrplan des Kaffeemobils

Dienstags, mittwochs und freitags  
jeweils von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr  
Wilhelm-Loos-Anlage,  
Wiesbaden-Schierstein

Gefördert durch die  
**Aktion**  
MENSCH

# Mehr Interkulturelle Öffnung und Digitalisierung

## Selbsthilfe ist für viele Betroffene unersetzlich



Aktive aus der hessischen Selbsthilfe standen zum Abschluss der Selbsthilfefeweche Rede und Antwort. Fotos: Ramin Mohabat

„Eine todunglückliche Sache“ wäre sein Leben ohne die Selbsthilfe, sagte Klaus Vock zum Abschluss der ersten hessenweiten Selbsthilfefeweche, die der PARITÄTISCHE Hessen im Mai organisiert hatte. Dass er nicht mehr Radfahren konnte, sei ein herber Schlag gewesen, als er vor rund 20 Jahren an Multiple Sklerose erkrankte. Mit einem dreirädrigen Spezial-Liegegerad wurde das wieder möglich, und er gründete die Selbsthilfegruppe Radfahrlust für Menschen mit Handicap.

Der Austausch mit anderen Betroffenen ist unersetzlich. Das betonte auch Bettina Onnasch, die der Frauenselbsthilfe nach Krebs aktiv ist: „Jemand, der das nicht selbst erlebt hat, kann sich da nicht reinversetzen.“ Und Rainer Marx von der Fibromyalgie-Selbsthilfe Rhein-Main-Kinzig berichtete: „Schmerzen sind nicht messbar, die Leute werden oft auf die Psychoschiene geschoben.“

Dass sie mit dem tradierten Verständnis gebrochen hat, nach dem über

Krankheiten nur Ärzt\*innen Bescheid wissen, sei ein großer Verdienst der Selbsthilfe-Bewegung, so Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen. „Selbsthilfe hilft solidarisch zu sein“, sagte Anne Janz, Staatssekretärin im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Sie vertrat bei der Abschlussveranstaltung den Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, der die Schirmherrschaft für die Aktionswoche des PARITÄTISCHEN Hessen übernommen hatte. „Selbsthilfe ist kein Auslaufmodell“, ergänzte Susanne Strombach. Sie ist Koordinatorin Patienten und Selbsthilfe bei der AOK Hessen, die mit finanzieller Unterstützung die Selbsthilfefeweche ermöglicht hatte.

Wie vielfältig die Selbsthilfe-Landschaft in Hessen ist, zeigte schon die Auftaktveranstaltung an der Konstabler Wache in Frankfurt. Die Fleckenbühler informierten über das Thema „clean leben“, die Guttempler stellten ebenfalls ihr Angebot für Menschen

mit Suchterkrankungen und deren Angehörige vor. Zu den weiteren Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen, die sich präsentierten, gehörten auch die Lebenshilfe Frankfurt und der Verein „Gemeinsam leben - Frankfurt“.

In der Aktionswoche gab es zahlreiche Angebote in allen Regionen Hessens. Sie reichten von der Vorführung des Films „Die Mitte der Nacht ist der Anfang vom Tag“, die das regionale Bündnis gegen Depression und das Selbsthilfebüro in Fulda anbietet, über die Mitmach-Aktion „Yoga von Herzen“ der Selbsthilfegruppe Angst-Panik-Depression in Reichelsheim bis zum Fachtag „Suchtselbsthilfe heute“ in Hofheim.

Ein Schwerpunktthema in der Selbsthilfe ist derzeit die Interkulturelle Öffnung. „Selbsthilfe kann auch für Zugewanderte ein Weg sein, mit schwierigen Lebenssituationen und Erfahrungen umzugehen“, erklärt Annemarie Duscha, Mitarbeiterin des Selbsthilfebüros Groß-Gerau. Doch nicht nur weil die Gesellschaft vielfältiger wird, ist die Selbsthilfe im Wandel. Auch die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten und Chancen. So tauschen sich Menschen mit seltenen Erkrankungen, die weit entfernt voneinander wohnen, immer häufiger in Chatrooms aus.

bhe



Auftakt der Selbsthilfefeweche

# Für die Menschenrechte

Am Sonntag vor der EU-Wahl demonstrierten in Frankfurt 16.000 Menschen für „Ein Europa für alle“. Tags zuvor waren 70 Jahre Grundgesetz und der Mietenwahnsinn Themen beim Hessischen Sozialforum und bei einer Aktion des Bündnisses #umsetzen!

„Wir sind nicht hier, um diese EU zu bejubeln, so wie sie ist. Wir wollen protestieren gegen die himmelschreiende soziale Ungleichheit und die horrenden Armut in Europa, an der diese EU mit Schuld ist“, sagte Dr. Yasmin Alinaghi. Bei der Demo „Ein Europa für alle“ war die Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen die erste Rednerin auf dem Opernplatz: „Wir sind heute auf der Straße für unsere Vision eines anderen, eines gerechteren Europas. Für ein Europa, das die Armutsbekämpfung an erste Stelle stellt. Und nicht die Profitinteressen der Unternehmen“. Vor 16.000 Zuhörer\*innen forderte sie „eine Aufwärtsspirale im sozialen Bereich, eine soziale Infrastruktur, die allen Menschen in allen Ländern der EU ein würdiges Leben ermöglicht“.

Bundweit gingen am Sonntag vor der EU-Wahl 150.000 Menschen in sieben Städten gegen Nationalismus auf die Straße, der PARITÄTISCHE Hessen war einer der Organisatoren der Demo in Frankfurt.

Wie die Menschenrechte in Europa, in Deutschland und in Hessen gestärkt werden können, war tags zuvor auch Thema beim Hessischen Sozialforum. „Aus dem Binnenmarkt muss ein Gemeinwesen werden“, sagt der Gastredner Prof. Dr. Heribert Prantl. Der Jurist und Journalist ging auf die aktuelle Debatte über Vergesellschaftung ein und sagte: „Das Grundgesetz ist nicht auf den Kapitalismus geeicht.“ Artikel 15, der die Vergesellschaftung vorsieht, sei „ein Element der sozialstaatlichen Ordnung“ und „ein Druckmittel, um die soziale Marktwirtschaft



Demonstrierende fordern ein Europa für alle. Fotos: Barbara Helfrich



Diskussionsrunde des PARITÄTISCHEN Hessen bei der Jubiläumsveranstaltung zu 70 Jahren Grundgesetz.

durchzusetzen“. Thematisiert wird die Vergesellschaftung derzeit vor allem mit Blick auf die wachsende Wohnungsnot.

„Eine Enteignung von Immobilien oder Boden sollte das letzte Mittel sein. Insofern müssen das Land und die Kommunen umgehend alle Maßnahmen ergreifen, um bezahlbaren Wohnraum in ausreichender Menge zu schaffen“, so Annette Wippermann, Referentin für Grundsatzfragen beim PARITÄTISCHEN Hessen, die beim Sozialforum auf dem Podium diskutierte mit Heribert Prantl, dem Stadtschuldsprecher Paul Harder als Vertreter der Fridays for Future-Bewegung,

Jörg Köhlinger, von der IG Metall und Dr. Meron Mendel von der Bildungsstätte Anne Frank.

Über Wege aus dem Mietenwahnsinn diskutierte der PARITÄTISCHE Hessen auch im Anschluss an das Sozialforum auf dem Paulsplatz weiter.

Aus Anlass des 70. Jahrestages des Grundgesetzes hatte ein breites zivilgesellschaftliche Bündnis, zu dem auch der PARITÄTISCHE Hessen gehört, dorthin eingeladen, um zu feiern, aber auch die Umsetzung des Grundgesetzes einzufordern.

bhe

## Verdiente Vorstandsmitglieder geehrt

Fünf verdiente ehemalige Vorstandsmitglieder sind für ihre ehrenamtliche Mitwirkung im PARITÄTISCHEN Hessen mit der Goldenen Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet worden.

Am längsten hatte sich Stefan Ringer im Vorstand engagiert. Er gehörte dem Gremium seit 1993 an und war von 1999 bis zu seinem Ausscheiden im Herbst 2018 stellvertretender Vorsitzender.

Wie er war auch Gabi Becker bei der vorigen Mitgliederversammlung nicht zur Wiederwahl angetreten. Sie war



seit 2002 im Vorstand aktiv und seit 2011 stellvertretende Vorsitzende.

Auf eigenen Wunsch schieden außerdem Brigitte Ott nach 16 Jahren, Conrad Skerutsch nach sieben Jahren und Edeltraud Krämer nach vier Jahren dem Vorstand aus.

Dr. Wolfgang Werner, Vorstandsvorsitzender des PARITÄTISCHEN Hessen (rechts), ehrt Stefan Ringer für sein langjähriges Engagement.

## Teilhabe von Frauen mit Behinderung weiter verbessern

Frauen mit Behinderung sind auch in Hessen trotz aller Bemühungen um Inklusion nach wie vor von Mehrfachdiskriminierung betroffen. Darauf macht das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB) aus Anlass des zehnjährigen Jubiläums der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) aufmerksam.

Deutschland hat das Internationale Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen am 26. März 2009 ratifiziert, das Land Hessen hat im August 2012 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK veröffentlicht, der konkrete Maßnahmen formuliert, mit denen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen mit Behinderungen erhöht werden soll. Ein Ziel, das im Landesaktionsplan genannt wird, ist die Verbesserung des Schutzes vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch für Frauen mit Behinderungen.

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) hat in diesem Bereich bereits einiges an Aufklä-

rungs- und Informationsarbeit geleistet und die Vernetzung von Organisationen der Behindertenhilfe und des Gewaltschutzes unterstützt. Ausdrücklich zu loben ist, dass das Land die Arbeit des HKFB finanziell fördert und eine Bestandsaufnahme zur Zugänglichkeit der Beratungs- und Schutzrichtungen vorgelegt hat.

„Doch in der praktischen Umsetzung bleibt noch viel zu tun. Frauen, die Gewalt erfahren haben und Hilfe suchen, stehen weiterhin vor behinderungsbedingten Barrieren“, sagt Rita Schroll, Leiterin des HKFB. Frauen mit Behinderung sind im Vergleich zu Frauen ohne Behinderung in besonders hohem Ausmaß von Gewalt und Übergriffen betroffen. Dennoch fehlt es nach wie vor an für Frauen mit Behinderung zugänglichen Frauenhäusern.

Auch bei der medizinischen Rehabilitation bestehen weiterhin aufgrund der Behinderung große Defizite.

Auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen mit Behinderung noch deutlich geringer

vertreten als Männer mit Behinderung. Auch das Hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen (HePas) nutzen sie seltener als Männer. Das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung hält daher weitere Förderprogramme für nötig, die speziell Frauen mit Behinderung im Fokus haben.

Das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung besteht seit 26 Jahren und ist seit 2015 in Trägerschaft des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes Hessen. Dessen Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi resümiert: „Zehn Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK ist Inklusion ein breites gesellschaftliches Thema, über das weiterhin leidenschaftlich gestritten wird. Obwohl die Idee der Inklusion nicht neu, sondern bereits im Grundgesetz verankert ist, erfordert die Umsetzung auch heute noch einen tiefgreifenden Wandel unserer gesellschaftlichen Denkstrukturen.“